

1976	Ausgegeben zu Bonn am 16. November 1976	Nr. 60
Tag	Inhalt	Seite
19. 10. 76	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der vier Genfer Rotkreuz-Abkommen .....	1841
19. 10. 76	Bekanntmachung zu den Artikeln 25, 46 und 63 der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten und zum Protokoll Nr. 4 der Konvention .....	1842
20. 10. 76	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens über die zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden .....	1843
21. 10. 76	Bekanntmachung des deutsch-niederländischen Verwaltungsabkommens zu Artikel 71 Abs. 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut über die Rechtsstellung der niederländischen Organisation „Stichting Jeugdwerk West-Duitsland“ .....	1843
21. 10. 76	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Straßburger Abkommens über die Internationale Patentklassifikation .....	1845
25. 10. 76	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Erleichterung des Internationalen Seeverkehrs .....	1846
26. 10. 76	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums .....	1846
26. 10. 76	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Berner Übereinkunft zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst .....	1847
27. 10. 76	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Regeln zur Verhütung von Zusammenstößen auf See (Seestraßenordnung) .....	1847
29. 10. 76	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kolumbien über den Luftverkehr .....	1848
29. 10. 76	Bekanntmachung zum deutsch-britischen Konsularvertrag (Berichtigung) .....	1848
6. 11. 76	Bekanntmachung über Änderungen der Statuten der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich .....	1849
8. 11. 76	Bekanntmachung der Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Island über die Fischerei und die Erhaltung der lebenden Schätze in den Gewässern um Island .....	1852

### Bekanntmachung über den Geltungsbereich der vier Genfer Rotkreuz-Abkommen

Vom 19. Oktober 1976

Das I. Genfer Abkommen zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken der Streitkräfte im Felde,

das II. Genfer Abkommen zur Verbesserung des Loses der Verwundeten, Kranken und Schiffbrüchigen der Streitkräfte zur See,

das III. Genfer Abkommen über die Behandlung der Kriegsgefangenen und

das IV. Genfer Abkommen zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten,

sämtlich vom 12. August 1949 (Bundesgesetzbl. 1954 II S. 781), werden für

São Tomé und Príncipe am 21. November 1976 in Kraft treten.

Papua-Neuguinea hat dem Schweizerischen Bundesrat am 26. Mai 1976 notifiziert, daß es sich an die vier Genfer Abkommen gebunden betrachtet, deren Anwendung vor Erlangung der Unabhängigkeit auf sein Hoheitsgebiet erstreckt worden war.

Die Regierung Neuseelands hat dem Schweizerischen Bundesrat am 2. März 1976 notifiziert, daß sie den anlässlich der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde Neuseelands im Jahre 1959 gemachten Vorbehalt zu Artikel 68 Abs. 2 des Genfer Abkommens zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten mit Wirkung vom 2. März 1976 zurücknimmt.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 14. Oktober 1959 (Bundesgesetzbl. II S. 1077) und vom 28. April 1976 (Bundesgesetzbl. II S. 622).

Bonn, den 19. Oktober 1976

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung  
zu den Artikeln 25, 46 und 63 der Konvention  
zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten  
und zum Protokoll Nr. 4 der Konvention**

**Vom 19. Oktober 1976**

**I.**

Die Zuständigkeit der Europäischen Kommission für Menschenrechte nach Artikel 25 der Konvention vom 4. November 1950 zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (Bundesgesetzbl. 1952 II S. 685, 953) ist durch Erklärung der Regierung

von Österreich vom 4. August 1976

mit Wirkung vom 3. September 1976 für weitere drei Jahre

des Vereinigten Königreichs vom 9. Januar 1976

mit Wirkung vom 14. Januar 1976 für weitere fünf Jahre

gegenüber dem Generalsekretär des Europarats anerkannt worden.

**II.**

Die Zuständigkeit des Europäischen Gerichtshofs nach Artikel 46 der vorstehend genannten Konvention ist — jeweils unter der Bedingung der Gegenseitigkeit — durch Erklärung der Regierung

von Österreich vom 4. August 1976

mit Wirkung vom 3. September 1976 für weitere drei Jahre

des Vereinigten Königreichs vom 9. Januar 1976

mit Wirkung vom 14. Januar 1976 für weitere fünf Jahre

gegenüber dem Generalsekretär des Europarats anerkannt worden.

**III.**

Die Regierung von Österreich hat nach Artikel 6 Abs. 2 des Protokolls Nr. 4 vom 16. September 1963 (Bundesgesetzbl. 1968 II S. 422) zu der genannten Konvention gegenüber dem Generalsekretär des Europarats am 4. August 1976 zusätzlich erklärt, daß sich ihre — vorstehend in den Abschnitten I und II aufgeführten — Unterwerfungserklärungen auch auf die Artikel 1 bis 4 des Protokolls Nr. 4 erstrecken.

**IV.**

Die Regierung des Vereinigten Königreichs hat mit Noten vom 30. Juli 1976 nach Artikel 63 der vorstehend genannten Konvention dem Generalsekretär des Europarats notifiziert, daß sich die Anwendung ihrer — vorstehend in den Abschnitten I und II aufgeführten — Unterwerfungserklärungen für den Zeitraum vom 14. Januar 1976 bis 13. Januar 1981 auch erstreckt auf

- a) die Kanalinsel Jersey
- b) die folgenden Gebiete, für deren internationale Beziehungen das Vereinigte Königreich verantwortlich ist:  
Bermuda, Falklandinseln, Gibraltar, Kanalinsel Guernsey, St. Helena und Tuvalu
- c) St. Lucia (auf Ersuchen der Regierung von St. Lucia).

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 2. Oktober 1973 (Bundesgesetzbl. II S. 1515), vom 24. April 1974 (Bundesgesetzbl. II S. 695), vom 23. Juni 1976 und vom 3. August 1976 (Bundesgesetzbl. II S. 1083 und S. 1464).

Bonn, den 19. Oktober 1976

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens  
über die zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden**

**Vom 20. Oktober 1976**

Das Internationale Übereinkommen vom 29. November 1969 über die zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden (Bundesgesetzbl. 1975 II S. 301) ist nach seinem Artikel XV für folgende Staaten in Kraft getreten:

Bahamas	am 20. Oktober 1976
Griechenland	am 27. September 1976
Japan	am 1. September 1976
Jugoslawien	am 16. September 1976
Neuseeland	am 26. Juli 1976
Tunesien	am 2. August 1976

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 9. Juli 1976 (Bundesgesetzbl. II S. 1279).

Bonn, den 20. Oktober 1976

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Fleischhauer

---

**Bekanntmachung  
des deutsch-niederländischen Verwaltungsabkommens  
zu Artikel 71 Abs. 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut  
über die Rechtsstellung der niederländischen Organisation  
„Stichting Jeugdwerk West-Duitsland“**

**Vom 21. Oktober 1976**

Durch Notenwechsel vom 29. September/7. Oktober 1976 ist zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs der Niederlande nach Artikel 71 Abs. 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut vom 3. August 1959 (Bundesgesetzbl. 1961 II S. 1183) ein Verwaltungsabkommen über die Rechtsstellung der niederländischen Organisation „Stichting Jeugdwerk West-Duitsland“ geschlossen worden. Das Verwaltungsabkommen ist nach Nummer 6

am 8. Oktober 1976

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 21. Oktober 1976

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Fleischhauer

Ambassade van het Koninkrijk der Nederlanden  
 Ambassade Royale  
 des Pays-Bas  
 9712

Auswärtiges Amt  
 514—554.60/2 NLD

### Verbalnote

Die Königlich Niederländische Botschaft beehrt sich, dem Auswärtigen Amt folgendes mitzuteilen:

Um für die Mitglieder der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten niederländischen Streitkräfte sowie des zivilen Gefolges und ihren Angehörigen die Fürsorge und damit die Aufrechterhaltung der Moral der Truppe zu fördern, schlägt die Regierung des Königreichs der Niederlande der Regierung der Bundesrepublik Deutschland vor, ein Verwaltungsabkommen nach Artikel 71 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut zu schließen, das folgenden Wortlaut haben soll:

1. Der niederländischen Organisation „Stichting Jeugdwerk West-Duitsland“, einer Stiftung, die sich laut ihrer Statuten die Förderung der Jugend- und Jugendlicherfürsorge für Kinder von Mitgliedern der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten niederländischen Streitkräfte zum Ziel gesetzt hat, wird dieselbe Behandlung gewährt werden wie den Organisationen, die in Absatz 3 des sich auf Artikel 71 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut beziehenden Abschnitts des Unterzeichnungsprotokolls aufgeführt sind.
2. Die vorgenannte Organisation ist für die Befriedigung der militärischen Bedürfnisse der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten niederländischen Streitkräfte erforderlich. Sie arbeitet nach den Richtlinien der niederländischen Truppe und untersteht deren Dienstaufsicht.
3. Die ausschließlich im Dienst der „Stichting Jeugdwerk West-Duitsland“ stehenden Bediensteten sind, unbeschadet des Artikels 71 Absatz 6 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut, wie Mitglieder des zivilen Gefolges und die Angehörigen dieser Bediensteten wie Angehörige von Mitgliedern des zivilen Gefolges anzusehen und zu behandeln.
4. Die „Stichting Jeugdwerk West-Duitsland“ gilt nicht als Bestandteil der Truppe im Sinne von Artikel 41 Absatz 7 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut und ist in bezug auf die Abgeltung von Schäden nicht von der deutschen Gerichtsbarkeit befreit. Landfahrzeuge, die von ihr betrieben werden, werden als Dienstfahrzeuge im Sinne des Artikels XI Absatz 2 Buchstabe c und Absatz 1, sowie des Artikels XIII Absatz 4 des NATO-Truppenstatuts angesehen.
5. Die Botschaft wird dem Auswärtigen Amt die Orte in der Bundesrepublik Deutschland, in denen die „Stichting Jeugdwerk West-Duitsland“ ihr Hauptquartier und Zweigstellen ihren Sitz haben werden, sowie die Personalien der bei dieser Einrichtung beschäftigten Personen und gegebenenfalls spätere Veränderungen mitteilen.
6. Dieses Verwaltungsabkommen tritt am Tage des Eingangs der Antwortnote des Auswärtigen Amts bei der Königlich Niederländischen Botschaft in Kraft.

### Verbalnote

Das Auswärtige Amt beehrt sich, den Empfang der Verbalnote der Königlich Niederländischen Botschaft vom 29. September 1976 — Nr. 9712 — zu bestätigen, mit welcher die Regierung des Königreichs der Niederlande vorschlägt, ein Verwaltungsabkommen nach Artikel 71 Abs. 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut zu schließen, das folgenden Wortlaut haben soll:

1. Der niederländischen Organisation „Stichting Jeugdwerk West-Duitsland“, einer Stiftung, die sich laut ihrer Statuten die Förderung der Jugend- und Jugendlicherfürsorge für Kinder von Mitgliedern der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten niederländischen Streitkräfte zum Ziel gesetzt hat, wird dieselbe Behandlung gewährt werden wie den Organisationen, die in Absatz 3 des sich auf Artikel 71 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut beziehenden Abschnitts des Unterzeichnungsprotokolls aufgeführt sind.
2. Die vorgenannte Organisation ist für die Befriedigung der militärischen Bedürfnisse der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten niederländischen Streitkräfte erforderlich. Sie arbeitet nach den Richtlinien der niederländischen Truppe und untersteht deren Dienstaufsicht.
3. Die ausschließlich im Dienst der „Stichting Jeugdwerk West-Duitsland“ stehenden Bediensteten sind, unbeschadet des Artikels 71 Absatz 6 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut, wie Mitglieder des zivilen Gefolges und die Angehörigen dieser Bediensteten wie Angehörige von Mitgliedern des zivilen Gefolges anzusehen und zu behandeln.
4. Die „Stichting Jeugdwerk West-Duitsland“ gilt nicht als Bestandteil der Truppe im Sinne von Artikel 41 Absatz 7 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut und ist in bezug auf die Abgeltung von Schäden nicht von der deutschen Gerichtsbarkeit befreit. Landfahrzeuge, die von ihr betrieben werden, werden als Dienstfahrzeuge im Sinne des Artikels XI Absatz 2 Buchstabe c und Absatz 1, sowie des Artikels XIII Absatz 4 des NATO-Truppenstatuts angesehen.
5. Die Botschaft wird dem Auswärtigen Amt die Orte in der Bundesrepublik Deutschland, in denen die „Stichting Jeugdwerk West-Duitsland“ ihr Hauptquartier und Zweigstellen ihren Sitz haben werden, sowie die Personalien der bei dieser Einrichtung beschäftigten Personen und gegebenenfalls spätere Veränderungen mitteilen.
6. Dieses Verwaltungsabkommen tritt am Tage des Eingangs der Antwortnote des Auswärtigen Amts bei der Königlich Niederländischen Botschaft in Kraft.

Falls sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit den in den Nummern 1 bis 6 enthaltenen Vorschlägen einverstanden erklärt, werden diese Verbalnote und die das Einverständnis bestätigende Antwortnote des Auswärtigen Amtes ein Verwaltungsabkommen im Sinne des Artikels 71 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut zwischen der Regierung des Königreichs der Niederlande und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland bilden.

Die Königlich Niederländische Botschaft benutzt diesen Anlaß, das Auswärtige Amt erneut ihrer ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

Bonn, den 29. September 1976

L. S.

An das  
Auswärtige Amt  
5300 Bonn

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Königlich Niederländischen Botschaft mitzuteilen, daß sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit dem Vorschlag der Regierung des Königreichs der Niederlande einverstanden erklärt. Demgemäß bilden die Verbalnote der Königlich Niederländischen Botschaft vom 29. September 1976 — Nr. 9712 — und diese Antwortnote ein Verwaltungsabkommen zum NATO-Truppenstatut zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs der Niederlande.

Das Auswärtige Amt benutzt diesen Anlaß, die Königlich Niederländische Botschaft erneut seiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

Bonn, den 7. Oktober 1976

L. S.

An die  
Königlich Niederländische Botschaft

---

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Straßburger Abkommens  
über die Internationale Patentklassifikation**

**Vom 21. Oktober 1976**

Das am 24. März 1971 unterzeichnete Straßburger Abkommen über die Internationale Patentklassifikation (Bundesgesetzbl. 1975 II S. 283) wird nach seinem Artikel 13 Abs. 1 Buchstabe b für

Japan am 18. August 1977  
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 21. Mai 1976 (Bundesgesetzblatt II S. 646).

Bonn, den 21. Oktober 1976

**Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Fleischhauer**

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Übereinkommens  
zur Erleichterung des Internationalen Seeverkehrs**

**Vom 25. Oktober 1976**

Das Übereinkommen vom 9. April 1965 zur Erleichterung des Internationalen Seeverkehrs (Bundesgesetzbl. 1967 II S. 2434; 1971 II S. 1377) ist nach seinem Artikel XI für

Bahamas	am 20. September 1976
Indien	am 24. Juli 1976

in Kraft getreten.

Die Vereinigten Staaten haben das Übereinkommen in Übereinstimmung mit seinem Artikel XIII Abs. 1 durch Erklärung an den Generalsekretär der Zwischenstaatlichen Beratenden Seeschiffahrts-Organisation mit Wirkung vom 18. März 1976 auf die Midway-Inseln, Insel Wake und Insel Johnston erstreckt.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 9. März 1976 (Bundesgesetzbl. II S. 431).

Bonn, den 25. Oktober 1976

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Fleischhauer

---

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich der Pariser Verbandsübereinkunft  
zum Schutz des gewerblichen Eigentums**

**Vom 26. Oktober 1976**

Die Bahamas haben am 27. Juli 1976 dem Eidgenössischen Politischen Departement notifiziert, daß sie sich seit der Erlangung ihrer Unabhängigkeit am 10. Juli 1973 an die Pariser Verbandsübereinkunft vom 20. März 1883 zum Schutz des gewerblichen Eigentums in der in Lissabon am 31. Oktober 1958 beschlossenen Fassung (Bundesgesetzbl. 1961 II S. 273), deren Anwendung durch das Vereinigte Königreich auf ihr Hoheitsgebiet erstreckt worden war, gebunden betrachten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 29. April 1968 (Bundesgesetzbl. II S. 467) und vom 26. August 1976 (Bundesgesetzbl. II S. 1540).

Bonn, den 26. Oktober 1976

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich der Berner Übereinkunft  
zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst**

**Vom 26. Oktober 1976**

Die Bahamas haben am 27. Juli 1976 dem Eidgenössischen Politischen Departement notifiziert, daß sie sich seit der Erlangung ihrer Unabhängigkeit am 10. Juli 1973 an die Berner Übereinkunft vom 9. September 1886 zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst in der in Brüssel am 26. Juni 1948 beschlossenen Fassung (Bundesgesetzbl. 1965 II S. 1213), deren Anwendung durch das Vereinigte Königreich auf ihr Hoheitsgebiet erstreckt worden war, gebunden betrachten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 1. Dezember 1964 (Bundesgesetzbl. 1965 II S. 15) und vom 13. September 1976 (Bundesgesetzbl. II S. 1695).

Bonn, den 26. Oktober 1976

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Fleischhauer

---

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich der Regeln  
zur Verhütung von Zusammenstößen auf See  
(Seestraßenordnung)**

**Vom 27. Oktober 1976**

Die Regeln zur Verhütung von Zusammenstößen auf See — Anlage B zur Schlußakte der Internationalen Konferenz von 1960 zum Schutz des menschlichen Lebens auf See — (Bundesgesetzbl. 1965 II S. 465, 742) sind von

Algerien	am 7. Juni 1976
Bahamas	am 22. Juli 1976

angenommen worden.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 12. Mai 1976 (Bundesgesetzblatt II S. 627).

Bonn, den 27. Oktober 1976

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung  
über das Inkrafttreten des Abkommens  
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kolumbien  
über den Luftverkehr**

**Vom 29. Oktober 1976**

Nach Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 27. Juni 1970 zu dem Abkommen vom 25. November 1968 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kolumbien über den Luftverkehr (Bundesgesetzbl. 1970 II S. 673) wird hiermit bekanntgemacht, daß das Abkommen nach seinem Artikel 30 am 5. November 1976

in Kraft treten wird.

Die Ratifikationsurkunden sind am 6. Oktober 1976 in Bonn ausgetauscht worden.

Bonn, den 29. Oktober 1976

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Fleischhauer

---

**Bekanntmachung  
zum deutsch-britischen Konsularvertrag  
(Berichtigung)**

**Vom 29. Oktober 1976**

Die Bekanntmachung des Wortlauts des zweiten Unterzeichnungsprotokolls zum Konsularvertrag vom 30. Juli 1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland (Bundesgesetzbl. 1957 II S. 284) wird dahin berichtigt, daß Nummer 6 Buchstabe b richtig lautet

im deutschen Text (Zeilen 7 und 8) statt

„Artikel 43 Absatz 2“: „Artikel 43 Absatz 1“,

im englischen Text (Zeilen 5 und 6) statt

„paragraph (2) of Article 43“: „paragraph (1) of Article 43“.

Bonn, den 29. Oktober 1976

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung  
über Änderungen der Statuten der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich**

**Vom 6. November 1976**

Die außerordentliche Generalversammlung der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich hat nach Artikel 57 der Statuten der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (Bundesgesetzbl. 1970 II S. 765) auf Vorschlag des Verwaltungsrats der Bank am 10. Juni 1974 die Änderung des Artikels 30 der Statuten beschlossen. Die Änderung ist

am 10. Juni 1974

in Kraft getreten.

Die außerordentliche Generalversammlung der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich hat ferner nach Artikel 1 des Abkommens vom 20. Januar 1930 über die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (Bundesgesetzbl. 1970 II S. 765), Ziffer 4 des Grundgesetzes der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich und der Artikel 57 und 58 der Statuten am 8. Juli 1975 die Änderung der Artikel 51 und 52 der Statuten beschlossen. Die Änderungen sind

am 31. Oktober 1975

in Kraft getreten.

Die Bundesrepublik Deutschland hat den Änderungen der Artikel 51 und 52 der Statuten zugestimmt und dabei folgende Erklärung abgegeben:

„Die Zustimmung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zu den Änderungen der Statuten der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich kann nicht dahin verstanden werden, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die Absicht habe, damit zu der Frage der Wiederverwendung des in Den Haag am 20. Januar 1930 unterzeichneten Abkommens über die endgültige Annahme des Sachverständigenplanes vom 7. Juni 1929 oder einer der Anlagen dieses Abkommens Stellung zu nehmen.“

Die Artikel 30, 51 und 52 der Statuten der Bank werden nachstehend in ihrer neuen Fassung veröffentlicht.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 22. Juni 1970 (Bundesgesetzbl. II S. 765).

Bonn, den 6. November 1976

**Der Bundesminister der Finanzen  
Im Auftrag  
Dr. Weber**

(Übersetzung)

## Article 30

No person shall be appointed or hold office as a Director who is a member or an official of a Government unless he is the Governor of a central bank and no person shall be so appointed or hold office who is a member of a legislative body unless he is the Governor or a former Governor of a central bank.

## Article 51

The yearly net profits of the Bank shall be applied as follows:

(1) Five per cent. of such net profits, or such proportion of five per cent. as may be required for the purpose, shall be paid to a reserve fund called the Legal Reserve Fund until that Fund reaches an amount equal in value to ten per cent. of the amount of the paid-up capital of the Bank for the time being.

(2) Thereafter the net profits shall be applied in or towards payment of the dividend which is declared by the General Meeting on the proposal of the Board. The portion of the net profits so applied shall take into account the amount (if any) which the Board decides to draw from the Special Dividend Reserve Fund of the Bank pursuant to Article 52.

(3) After making provision for the foregoing, one-half of the yearly net profits then remaining shall be paid into the General Reserve Fund of the Bank until it equals the paid-up capital. Thereafter forty per cent. shall be so applied until the General Reserve Fund equals twice the paid-up capital; thirty per cent. until it equals three times the paid-up capital; twenty per cent. until it equals four times the paid-up capital; ten per cent. until it equals five times the paid-up capital; and from that point onward, five per cent.

In case the General Reserve Fund, by reason of losses or by reason of an increase in the paid-up capital, falls below the amounts provided for above

## Article 30

Ne peut être nommé ni demeurer administrateur aucun membre ou fonctionnaire d'un Gouvernement, à moins qu'il ne soit Gouverneur d'une banque centrale; ne peut pareillement être nommé ni demeurer administrateur aucun membre d'un corps législatif, à moins qu'il ne soit Gouverneur ou ancien Gouverneur d'une banque centrale.

## Article 51

Les bénéfices nets annuels de la Banque sont répartis de la manière suivante:

(1) Cinq pour cent de ces bénéfices nets, ou telle fraction de cinq pour cent qui pourra être nécessaire à cet effet, sont portés à un fonds de réserve appelé Fonds de réserve légale, jusqu'à ce que ce fonds atteigne un montant égal en valeur à dix pour cent du montant du capital de la Banque effectivement versé.

(2) Les bénéfices nets sont appliqués ensuite au paiement du dividende jusqu'à concurrence du montant déclaré par l'Assemblée générale sur la proposition du Conseil. La fraction des bénéfices appliquée à ce paiement est déterminée en tenant compte, s'il y a lieu, du montant que le Conseil aura décidé de prélever, conformément à l'article 52, sur le Fonds spécial de réserve de dividendes de la Banque.

(3) Une fois effectués les prélèvements indiqués ci-dessus, la moitié des bénéfices nets annuels restants sera versée au Fonds de réserve générale de la Banque, jusqu'à ce que ce fonds atteigne le montant du capital versé; à partir de ce moment, quarante pour cent seront versés au Fonds de réserve générale, jusqu'à ce que le fonds atteigne le double du capital versé; la proportion sera alors ramenée à trente pour cent jusqu'à ce que le fonds atteigne le triple du capital versé; à vingt pour cent jusqu'à ce que le fonds atteigne le quadruple du capital versé et à dix pour cent jusqu'à ce que le fonds atteigne le quintuple du capital versé; et, à partir de ce moment, elle sera de cinq pour cent sans limitation.

Au cas où, par suite de pertes ou d'une augmentation du capital versé le Fonds de réserve générale tomberait au-dessous des montants prévus

## Artikel 30

Mitglieder einer Regierung und Staatsbeamte dürfen nicht zu Mitgliedern des Verwaltungsrates ernannt werden noch das Amt eines solchen bekleiden, sofern sie nicht Präsidenten einer Zentralbank sind; Mitglieder einer gesetzgebenden Körperschaft dürfen nicht zu Mitgliedern des Verwaltungsrates ernannt werden noch das Amt eines solchen bekleiden, sofern sie nicht Präsidenten oder ehemalige Präsidenten einer Zentralbank sind.

## Artikel 51

Der jährliche Reingewinn der Bank wird folgendermaßen verwendet:

1. Fünf v. H. des Reingewinns bzw. so viel von diesem Hundertsatz, als für nachstehenden Zweck benötigt wird, fließen dem sogenannten „Gesetzlichen Reservefonds“ zu, bis dieser zehn v. H. des eingezahlten Grundkapitals der Bank erreicht hat.

2. Danach wird aus dem Reingewinn die Dividende bis zu dem von der Generalversammlung auf Vorschlag des Verwaltungsrates festgesetzten Betrag gezahlt. Der hierfür zu verwendende Teil des Reingewinns wird gegebenenfalls unter Berücksichtigung des Betrages bestimmt, der nach Beschluß des Verwaltungsrates gemäß Artikel 52 dem Besonderen Dividenden-Reservefonds der Bank entnommen wird.

3. Nach Berücksichtigung der obenbezeichneten Zwecke fließt die Hälfte des alsdann verbleibenden jährlichen Reingewinns dem „Allgemeinen Reservefonds“ der Bank zu, bis dieser die Höhe des eingezahlten Kapitals erreicht hat. Von da ab werden vierzig v. H. verwandt, bis der Allgemeine Reservefonds das Doppelte des eingezahlten Kapitals erreicht; dreißig v. H., bis er das Dreifache erreicht; zwanzig v. H., bis er das Vierfache erreicht; zehn v. H., bis er das Fünffache erreicht, und von da an fünf v. H.

Falls der Allgemeine Reservefonds infolge von Verlusten oder infolge Erhöhungen des einbezahlten Kapitals nach Erreichung eines der vorgenann-

after having once attained them, the appropriate proportion of the yearly net profits shall again be applied until the position is restored.

(4) The disposal of the remainder of the net profits shall be determined by the General Meeting on the proposal of the Board, provided that a portion of such remainder may be allotted to the shareholders by way of a transfer to the Special Dividend Reserve Fund.

#### Article 52

##### Reserve Funds

The General Reserve Fund shall be available for meeting any losses incurred by the Bank. In case it is not adequate for this purpose, recourse may be had to the Legal Reserve Fund provided for in clause (1) of Article 51.

The Special Dividend Reserve Fund shall be available, in case of need, for paying the whole or any part of the dividend declared pursuant to clause (2) of Article 51.

These reserve funds, in the event of liquidation, and after the discharge of the liabilities of the Bank and the costs of liquidation, shall be divided among the shareholders.

ci-dessus, après les avoir atteints, les pourcentages appropriés seront prélevés à nouveau sur les bénéfices nets annuels jusqu'à ce que la situation soit rétablie.

(4) L'affectation du solde des bénéfices nets sera décidée par l'Assemblée générale sur la proposition du Conseil, étant entendu qu'une part de ce solde pourra être attribuée aux actionnaires sous forme de versement au Fonds spécial de réserve de dividendes.

#### Article 52

##### Fonds de réserve

Le Fonds de réserve générale servira à couvrir toutes les pertes subies par la Banque. En cas d'insuffisance il sera loisible de recourir au Fonds de réserve légale prévu à l'article 51, alinéa 1.

Le Fonds spécial de réserve de dividendes servira, en cas de besoin, au paiement de tout ou partie du dividende déclaré conformément à l'article 51, alinéa 2.

En cas de liquidation, après règlement des obligations de la Banque et des frais de liquidation, ces fonds de réserve seront répartis entre les actionnaires.

ten Beträge wieder unter diese Höhe sinkt, wird das der neuen Lage entsprechende Prozentverhältnis für den jährlichen Reingewinn so lange wieder zugrunde gelegt, bis das entsprechende Verhältnis wieder hergestellt ist.

4. Die Verteilung des verbleibenden Reingewinns wird von der Generalversammlung auf Vorschlag des Verwaltungsrates bestimmt, wobei ein Teil dieses verbleibenden Reingewinns den Aktionären durch Überweisung an den Besonderen Dividenden-Reservefonds zugeteilt werden kann.

#### Artikel 52

##### Reservefonds

Der Allgemeine Reservefonds dient zur Deckung etwaiger Verluste der Bank. Falls er für den bezeichneten Zweck nicht ausreicht, kann auf den in Artikel 51, Ziffer 1, vorgesehenen Gesetzlichen Reservefonds zurückgegriffen werden.

Der Besondere Dividenden-Reservefonds dient, bei Bedarf, der Zahlung der gesamten oder eines Teils der gemäß Artikel 51, Ziffer 2, festgesetzten Dividende.

Diese Reservefonds werden im Fall der Liquidation und nach Abdeckung der Schulden der Bank und der Liquidationskosten unter die Aktionäre verteilt.

**Bekanntmachung  
der Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und der Regierung der Republik Island über die Fischerei  
und die Erhaltung der lebenden Schätze in den Gewässern um Island**

**Vom 8. November 1976**

In Reykjavik ist durch Notenwechsel vom 28. November 1975 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Island eine Vereinbarung über die Fischerei und die Erhaltung der lebenden Schätze in den Gewässern um Island getroffen worden.

Die Vereinbarung ist nach ihrem vorletzten Absatz

am 28. November 1975

in Kraft getreten; sie wird nachstehend nebst einem Briefwechsel über die Nichtpräjudizierung der Haltung einer der beiden Regierungen in bezug auf Fragen des Seerechts und über die mögliche Aussetzung der Anwendung der Vereinbarung veröffentlicht.

Bonn, den 8. November 1976

Der Bundesminister  
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten  
In Vertretung  
Rohr

Ministry for Foreign Affairs  
Reykjavík

Minister  
der Auswärtigen Angelegenheiten

(Übersetzung)

November 28, 1975.

Reykjavík, den 28. November 1975

Your Excellency,

Exzellenz,

I have the honour to refer to the discussions which have taken place between our two Governments on the fisheries dispute between our two countries relating to the Icelandic regulations of 14 July 1972 and 15 July 1975 concerning the fishery limits off Iceland. Upon the basis of these discussions the following arrangement relating to fishing and to the conservation of living resources in the waters around Iceland has been agreed upon:

ich beehre mich, auf die zwischen unseren beiden Regierungen geführten Gespräche über den Fischereistreit zwischen unseren beiden Ländern im Zusammenhang mit den isländischen Verordnungen vom 14. Juli 1972 und 15. Juli 1975 über die Fischereigrenzen vor den Küsten Islands Bezug zu nehmen. Auf Grund dieser Gespräche wurde folgende Abmachung über die Fischerei und die Erhaltung der lebenden Schätze in den Gewässern um Island getroffen:

1. The Sea area around Iceland to which this Agreement applies is shown on the map which forms Annex I to this Agreement. In the event that Iceland agrees with another State concerned to a boundary line differing from the lines shown on the map, that line shall automatically apply to the present Agreement.
2. The Government of the Federal Republic of Germany shall ensure that the total annual catch of vessels registered in the Federal Republic of Germany in the sea area around Iceland shall not exceed 60,000 metric tons of which not more than 5,000 metric tons may consist of cod.

1. Das Meeresgebiet um Island, auf das diese Vereinbarung Anwendung findet, ergibt sich aus der dieser Vereinbarung als Anlage I beigefügten Karte. Falls Island mit einem anderen beteiligten Staat eine andere Grenzlinie als die auf der Karte eingezeichneten Linien vereinbart, gilt jene Linie ohne weiteres für die vorliegende Vereinbarung.
2. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland stellt sicher, daß die gesamte jährliche Fangmenge der in das Schiffsregister der Bundesrepublik Deutschland eingetragenen Fahrzeuge in dem Meeresgebiet um Island 60 000 metrische Tonnen nicht übersteigt, von denen höchstens 5 000 metrische Tonnen auf Kabeljau entfallen dürfen.

The Federal Research Board for Fisheries will keep the Fisheries Association of Iceland informed on the progress of the catches involved.

Die Bundesforschungsanstalt für Fischerei hält den isländischen Fischereiverband über den Stand der betreffenden Fangmengen auf dem laufenden.

3. The Government of the Federal Republic of Germany shall ensure that only those vessels registered in the Federal Republic of Germany fish in the sea area around Iceland which are included in a list of vessels annexed to this Agreement (Annex II).
4. The Government of the Federal Republic of Germany shall ensure that vessels registered in the Federal Republic of Germany shall not fish in an area which is defined as follows:

3. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland stellt sicher, daß nur diejenigen in das Schiffsregister der Bundesrepublik Deutschland eingetragenen Fahrzeuge in dem Meeresgebiet um Island fischen, die in einer dieser Vereinbarung beigefügten Liste von Fahrzeugen aufgeführt sind (Anlage II).
4. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland stellt sicher, daß in das Schiffsregister der Bundesrepublik Deutschland eingetragene Fahrzeuge in einem Gebiet, das wie folgt bestimmt wird, nicht fischen:

- 1) Off the south east coast of Iceland:

By the parallel of 65°00' N, thence 25 nautical miles from baseline to parallel 64°50,5' N, thence 23 nautical miles from baseline to longitude 15°00' W.

1. Vor der Südostküste Islands:

durch den Breitengrad 65°00'N, von dort 25 Seemeilen von der Basislinie zum Breitengrad 64°50,5' N, von dort 23 Seemeilen von der Basislinie zum Längengrad 15°00' W;

- 2) Off the west coast of Iceland:

By the longitude 22°00' W, thence 25 nautical miles from baseline to parallel 63°40' N, thence 50 nautical miles from baseline to parallel 64°50' N, thence 40 nautical miles from baseline to parallel 65°30' N, thence 50 nautical miles from baseline to 67°13' N and 23°51' W and from there 340° true.

2. vor der Westküste Islands:

durch den Längengrad 22°00' W, von dort 25 Seemeilen von der Basislinie zum Breitengrad 63°40' N, von dort 50 Seemeilen von der Basislinie zum Breitengrad 64°50' N, von dort 40 Seemeilen von der Basislinie zum Breitengrad 65°30' N, von dort 50 Seemeilen von der Basislinie nach 67°13' N und 23°51' W und von dort 340° rechtweisend.

During the period 1 June to 30 November the limit north of parallel 66°00' N will be as follows:

Vom 1. Juni bis zum 30. November verläuft die Grenze nördlich des Breitengrads 66°00' N wie folgt:

- a) 66°00' N, 25°33' W to
- b) 66°43' N, 24°18' W to
- c) 66°58' N, 23°37' W  
and from there 340° true.

- a) 66°00' N, 25°33' W nach
- b) 66°43' N, 24°18' W nach
- c) 66°58' N, 23°37' W  
und von dort 340° rechtweisend.

The area is shown on the map which forms Annex I to this Agreement.

Das Gebiet ergibt sich aus der dieser Vereinbarung als Anlage I beigefügten Karte.

5. In order to protect concentrations of young or spawning fish within the sea area around Iceland, the Government of the Federal Republic of Germany shall ensure that German trawlers abstain from such fishing operations in such areas and during such periods as will be prohibited for Icelandic fishing vessels by the competent Icelandic authorities. Such measures which shall be based on objective and scientific criteria and which shall not discriminate in fact or in law shall be duly notified to the Government of the Federal Republic of Germany or such authorities as may be designated by the latter.
6. As further contribution to the conservation of the fish stocks around Iceland, the Government of the Federal Republic of Germany shall ensure:
- German fishing vessels operating in the sea area around Iceland will not fish for or retain on board fish which are of smaller size or weight than indicated in the relevant provisions of the regulations for Icelandic fishermen, duly notified to the Government of the Federal Republic of Germany or such authorities as may be designated by the latter.
  - Moreover, German fishing vessels operating in the sea area around Iceland, will not use, as from 16 August 1976, nets with meshes smaller than 135 mm in size.
  - If at a later stage Iceland should decide to introduce other mesh-sizes for Icelandic trawlers, the same sizes shall apply for German trawlers, provided that the new sizes are duly notified and an adjustment period of not less than one year is foreseen.
7. The Government of the Federal Republic of Germany shall ensure that the position of the vessels included in the list annexed to this Agreement while fishing in the sea area around Iceland will be reported on a daily basis by a German fishery protection vessel to the Icelandic coast guard. The two Governments may agree upon other agencies by which and to which the reporting is to be effected.
8. If there is a reason to believe that an infringement of the present Agreement has occurred, Icelandic coast guard vessels may stop fishing vessels registered in the Federal Republic of Germany in any part of the sea area around Iceland.
- They may send an official on board of German vessels to inspect the logbooks and catch records and to examine the fishing gear and the catch on board.
- If the official of the Icelandic coast guard holds that an infringement of the Agreement has occurred, he shall summon the nearest German fishery protection vessel in order to establish the facts. Any trawler found to have violated the terms of the Agreement will be crossed off the list provided for under paragraph 3 of this Agreement.
9. The Agreement will run for 2 years from the present date.
10. This Agreement shall also apply to Land Berlin, provided that the Government of the Federal Republic of Germany has not made a contrary declaration to the Government of the Republic of Iceland within 3 months from the date of entry into force of this Agreement.
5. Zum Schutz von Ansammlungen von Jungfisch oder Fischbrut in dem Meeresgebiet um Island stellt die Regierung der Bundesrepublik Deutschland sicher, daß deutsche Trawler in Gebieten und während Zeiten, in denen die zuständigen isländischen Behörden isländischen Fischereifahrzeugen bestimmte Fischfangunternehmungen verbieten, keine derartigen Unternehmungen durchführen. Derartige Maßnahmen, die sich auf objektive und wissenschaftliche Kriterien gründen und weder tatsächlich noch rechtlich diskriminierend sind, werden der Regierung der Bundesrepublik Deutschland oder den von ihr bezeichneten Behörden ordnungsgemäß notifiziert.
6. Als weiteren Beitrag zur Erhaltung der Fischbestände um Island stellt die Regierung der Bundesrepublik Deutschland folgendes sicher:
- Deutsche Fischereifahrzeuge, die in dem Meeresgebiet um Island tätig sind, werden keine Fische fangen oder an Bord behalten, die eine geringere Größe oder ein geringeres Gewicht haben, als in den einschlägigen Bestimmungen der Verordnungen für isländische Fischer vorgesehen ist, die der Regierung der Bundesrepublik Deutschland oder den von ihr bezeichneten Behörden ordnungsgemäß notifiziert werden.
  - Außerdem werden die in dem Meeresgebiet um Island tätigen deutschen Fischereifahrzeuge vom 16. August 1976 an keine Netze mit einer geringeren Maschengröße als 135 mm verwenden.
  - Sollte Island später beschließen, andere Maschengrößen für isländische Trawler einzuführen, so gelten dieselben Größen für deutsche Trawler, sofern die neuen Größen ordnungsgemäß notifiziert werden und eine Anpassungszeit von mindestens einem Jahr vorgesehen wird.
7. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland stellt sicher, daß die Position der Fahrzeuge, die in der dieser Vereinbarung beigefügten Liste aufgeführt sind, während des Fischens in dem Meeresgebiet um Island täglich von einem deutschen Fischereischutzboot der isländischen Küstenwache gemeldet wird. Die beiden Regierungen können andere Stellen für die Abgabe und den Empfang der Meldung vereinbaren.
8. Besteht Grund zu der Annahme, daß eine Verletzung dieser Vereinbarung vorliegt, so können die isländischen Küstenwachschiffe in das Schiffsregister der Bundesrepublik Deutschland eingetragene Fischereifahrzeuge in jedem Teil des Meeresgebiets um Island anhalten.
- Sie können einen Beamten an Bord der deutschen Fahrzeuge entsenden, um die Logbücher und die Aufzeichnungen über die Fangträge einzusehen und das Fanggerät und den Fang an Bord zu überprüfen.
- Ist der Beamte der isländischen Küstenwache der Ansicht, daß eine Verletzung der Vereinbarung vorliegt, so ruft er das nächste deutsche Fischereischutzboot herbei, um den Sachverhalt festzustellen. Ein Trawler, der einer Verletzung der Vereinbarung überführt wird, wird von der unter Nummer 3 vorgesehenen Liste gestrichen.
9. Die Vereinbarung bleibt 2 Jahre vom heutigen Tag an in Kraft.
10. Diese Vereinbarung gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Island innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten der Vereinbarung eine gegenteilige Erklärung abgibt.

If the foregoing is acceptable to Your Government I have the honour to propose that this Note and Your Excellency's reply in that sense shall constitute an Agreement between our two Governments which shall become effective forthwith and be registered with the Secretary General of the United Nations in accordance with Article 102 of the United Nations Charter.

I avail myself of this opportunity to renew to Your Excellency the assurances of my highest consideration.

Einar Agustsson

His Excellency  
Mr. Raimund Hergt,  
Ambassador of the Federal  
Republic of Germany,  
Reykjavik

Falls Ihre Regierung mit den vorstehenden Bestimmungen einverstanden ist, beehre ich mich vorzuschlagen, daß diese Note und die entsprechende Antwortnote Eurer Exzellenz eine Vereinbarung zwischen unseren beiden Regierungen bilden, die mit sofortiger Wirkung in Kraft tritt und die nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen bei deren Generalsekretär registriert wird.

Ich benutze diesen Anlaß, Eure Exzellenz erneute meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.

Einar Agustsson

Seiner Exzellenz  
Herrn Raimund Hergt  
Botschafter  
der Bundesrepublik Deutschland  
Reykjavik

Botschaft  
der  
Bundesrepublik Deutschland

Reykjavik, den 28. November 1975

Exzellenz,

ich beehre mich, den Empfang Ihrer Note vom 28. November 1975 zu bestätigen, die folgenden Wortlaut hat:

*(Es folgt der Wortlaut der vorstehenden Note)*

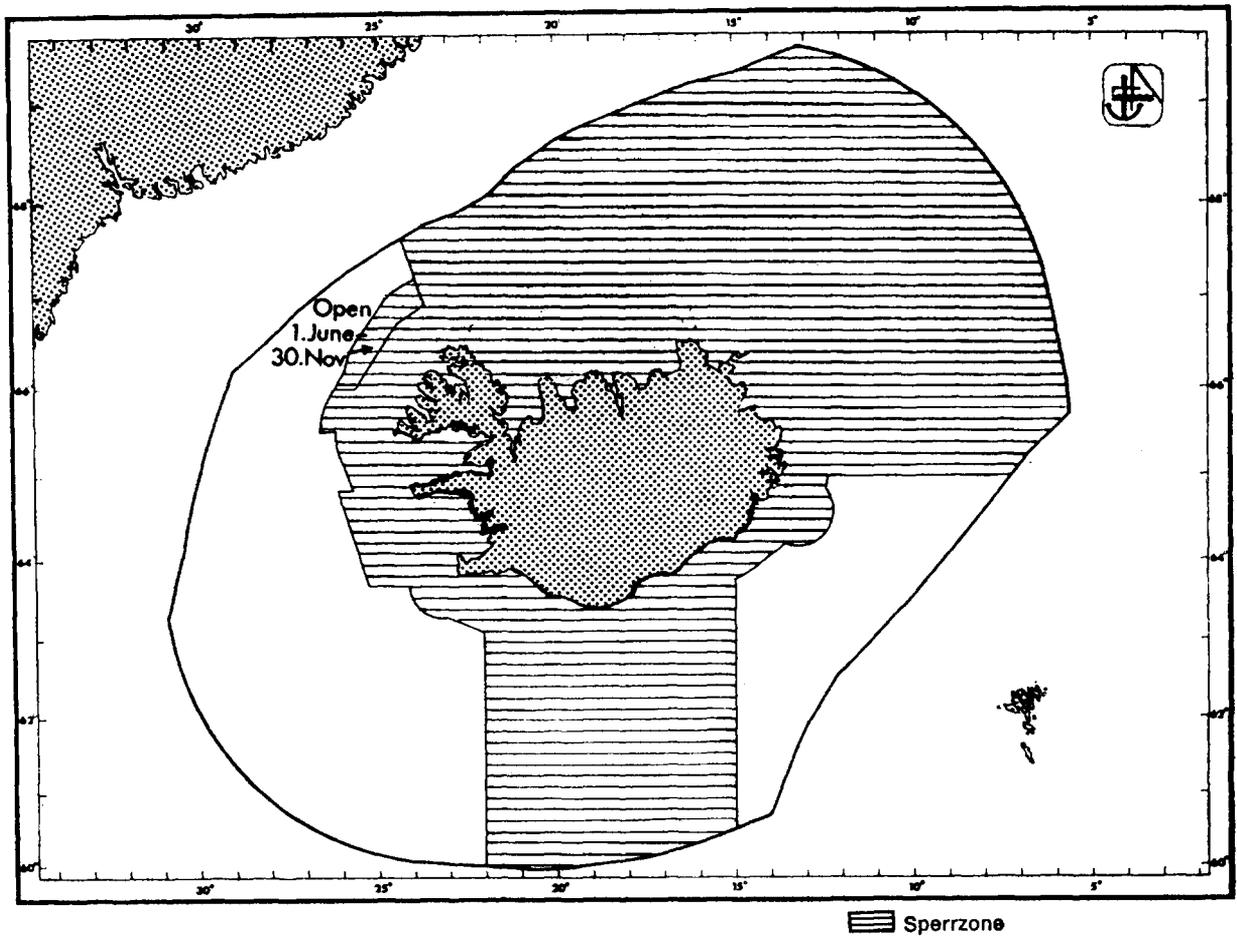
In Beantwortung der Note beehre ich mich, Ihnen mitzuteilen, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit der in Ihrer Note vorgeschlagenen Abmachung einverstanden ist und daß Ihre Note und diese Antwortnote eine Vereinbarung zwischen unseren beiden Regierungen bilden, die mit sofortiger Wirkung in Kraft tritt.

Ich benutze diesen Anlaß, Eure Exzellenz erneut meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.

Raimund Hergt

An Seine Exzellenz  
den Minister der Auswärtigen Angelegenheiten  
der Republik Island  
Herrn Einar Agustsson  
Reykjavik

Anlage I — Annex I



## Anlage II — Annex II

Liste deutscher Trawler  
List of German trawlers

Ship	Bruttoreum- gehalt	Baujahr	Schiff	Brutto- raumgehalt	Baujahr
Schiff	GT	Year of construction	Ship	GT	Year of construction
Altona NC 473	1 894	1965	Koblenz BX 692	1 320	1964
Arcturus BX 739	724	1963	Köln NC 471	981	1966
Augsburg NC 443	976	1960	Kormoran BX 665	825	1959
Berlin BX 673	936	1960	Lübeck SK 107	916	1961
Bremerhaven BX 681	941	1961	Mellum BX 737	724	1963
Hans Böckler BX 679	1 561	1961	Minden NC 445	900	1959
Cuxhaven NC 451	936	1961	Nordenham BX 674	973	1960
Darmstadt NC 470	981	1965	Rotersand BX 675	945	1960
Düsseldorf BX 680	973	1960	Saar NC 454	1 222	1961
Eckernförde SK 125	691	1963	Saarbrücken BX 704	1 047	1966
Flensburg SK 124	691	1963	Saegefisch BX 668	825	1959
Glückstadt SK 101	923	1964	Schellfisch BX 666	825	1959
Hagen NC 444	976	1960	Schilksee I SK 109	918	1961
Hanseat BX 672	945	1960	Schleswig SK 105	916	1961
Hessen NC 449	1 222	1960	Schütting BX 678	984	1961
Hoheweg BX 735	724	1963	Seefahrt BX 707	1 398	1967
Holstein SK 104	915	1960	Uranus BX 687	952	1961
Husum SK 102	923	1965	Carl Wiederkehr BX 667	719	1959
Katfisch BX 670	826	1960	Wien BX 690	989	1962
Heinrich Kern BX 676	1 244	1961	Würzburg NC 450	973	1960

Botschaft  
der  
Bundesrepublik Deutschland

Reykjavik, den 28. November 1975

November 28, 1975.

Exzellenz,

Your Excellency,

im Zusammenhang mit dem für heute vorgesehenen Austausch von Noten zwischen unseren beiden Regierungen betreffend eine Abmachung über die Fischerei und die Erhaltung der lebenden Schätze in den Gewässern um Island, die im Hinblick auf den Fischereistreit zwischen unseren beiden Ländern und auf die außergewöhnliche Abhängigkeit des isländischen Volkes von der Küstentischerei für Lebensunterhalt und wirtschaftliche Entwicklung getroffen wurde, beehre ich mich, folgendes mitzuteilen:

I have the honour to confirm the contents of your letter of to-day reading as follows:

"In connection with the completion scheduled for to-day of an exchange of notes between our two Governments on an arrangement relating to fishing and conservation of living resources in the waters around Iceland agreed upon with a view to the fisheries dispute between our two countries and to the exceptional dependence of the Icelandic nation upon coastal fisheries for their livelihood and economic development, I have the honour to state the following:

Der Notenwechsel kann keinesfalls so angesehen werden, als präjudiziere er die Haltung einer der beiden Regierungen in bezug auf Fragen des Seerechts.

The said exchange of notes can in no way be deemed to prejudice the position of either Government as to any question concerning the law of the sea.

Ich wäre Eurer Exzellenz für die Bestätigung dieses Briefes dankbar.

I avail myself of this opportunity to renew to Your Excellency the assurances of my highest consideration."

Ich benutze diesen Anlaß, Eure Exzellenz erneut meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.

I avail myself of this opportunity to renew to Your Excellency the assurances of my highest consideration.

Raimund H e r g t

Einar A g u s t s s o n

An Seine Exzellenz  
den Minister der Auswärtigen Angelegenheiten  
der Republik Island  
Herrn Einar Agustsson  
R e y k j a v i k

His Excellency  
Mr. Raimund Hergt,  
Ambassador of the  
Federal Republic of Germany,  
R e y k j a v i k.

Botschaft  
der  
Bundesrepublik Deutschland

Reykjavik, den 28. November 1975

November 28, 1975.

Exzellenz,

Your Excellency,

Ich beehre mich, auf den Notenwechsel zwischen unseren beiden Regierungen betreffend eine Abmachung über die Fischerei und die Erhaltung der lebenden Schätze in den Gewässern um Island Bezug zu nehmen, und möchte in diesem Zusammenhang folgendes mitteilen:

I have the honour to confirm the contents of your letter of to-day reading as follows:

"I have the honour to refer to the exchange of notes between our two Governments on an arrangement relating to fishing and conservation of living resources in the waters around Iceland, and, in this connection, I should like to state the following:

Angesichts der engen Verbindung zwischen der Beilegung des Fischereistreits und dem Inkrafttreten des Protokolls Nr. 6, das Anlage des Abkommens vom 22. Juli 1972 zwischen den Europäischen Gemeinschaften und der Republik Island ist, kommen beide Regierungen überein, daß nach vorherigen Konsultationen die Anwendung der vorliegenden Vereinbarung ausgesetzt werden kann, wenn Protokoll Nr. 6 nicht innerhalb von fünf Monaten in Kraft getreten ist, unabhängig von der unter Nummer 9 der vorliegenden Vereinbarung vorgesehenen Geltungsdauer.

With a view to the close link which exists between the settlement of the fisheries dispute and the coming into force of Protocol No. 6 which constitutes an annex to the Agreement between the European Communities and the Republic of Iceland of 22 July 1972, both Governments agree that, following previous consultations, the application of the present Agreement may be suspended, if Protocol No. 6 has not come into force within five months, regardless of the duration provided for in paragraph 9 of the present Agreement.

Ich wäre Eurer Exzellenz für die Bestätigung des Empfangs dieser Note dankbar.

I avail myself of this opportunity to renew to Your Excellency the assurances of my highest consideration."

Ich benutze diesen Anlaß, Eure Exzellenz erneut meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.

I avail myself of this opportunity to renew to Your Excellency the assurances of my highest consideration.

Raimund Hergt

Einar Agustsson

An Seine Exzellenz  
den Minister der Auswärtigen Angelegenheiten  
der Republik Island  
Herrn Einer Agustsson  
Reykjavik

His Excellency  
Mr. Raimund Hergt,  
Ambassador of the  
Federal Republic of Germany,  
Reykjavik.

## Übersicht über den Stand der Bundesgesetzgebung

Die 308. Übersicht über den Stand der Bundesgesetzgebung, abgeschlossen am 30. September 1976, ist im Bundesanzeiger Nr. 193 vom 12. Oktober 1976 erschienen.

Diese Übersicht enthält bei den aufgeführten Gesetzesvorlagen alle wichtigen Daten des Gesetzgebungsablaufs sowie Hinweise auf die Bundestags- und Bundesrats-Drucksachen und auf die sachlich zuständigen Ausschüsse des Bundestages.

Verkündete Gesetze sind nur noch in der der Verkündung folgenden Übersicht enthalten.

---

Der Bundesanzeiger Nr. 193 vom 12. Oktober 1976 kann zum Preis von 1,— DM (einschl. Versandgebühren) gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto „Bundesanzeiger“ Köln 834 00-502 bezogen werden.

---

### Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz

Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. — Druck: Bundesdruckerei Bonn

Im Bundesgesetzblatt Teil I werden Gesetze, Verordnungen, Anordnungen und damit im Zusammenhang stehende Bekanntmachungen veröffentlicht. Im Bundesgesetzblatt Teil II werden völkerrechtliche Vereinbarungen, Verträge mit der DDR und die dazu gehörenden Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen sowie Zolltarifverordnungen veröffentlicht.

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Postabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt Postfach 13 20, 5300 Bonn 1, Tel. (0 22 21) 23 80 67 bis 69.

Bezugspreis: Für Teil I und Teil II halbjährlich je 40,— DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,10 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1975 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 2,60 DM (2,20 DM zuzüglich —,40 DM Versandkosten) bei Lieferung gegen Vorausrechnung 3,— DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 5,5%.